Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 7 — Dienstag, 5. Januar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 36 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Kriseuabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

„Deutschland soll niedergehalten werden"

Brutale Offenheiten der Pariser Presse

Paris, 5. Jan. Im „Echo de Paris" vertritt der außenpolitische Berichterstatter Pertinax ganz offen den Grundsatz, der von jeher die amtlichen französischen Kreise beherrscht, ohne jedoch bisher klar ausgesprochen zu sein, daß es sich nämlich bei der Aufrechterhaltung der Tribute weder um die sogenannte Durchführung verbriefter und heiliger Rechte, noch um die Lebensnotwendigkeit des französischen Volkes oder um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden handelt, sondern einzig und allein um die Möglichkeit, Deutschland so lange wie möglich am Boden zu halten, um einen ernstlichen Konkurrenten für Frankreich auszuschalten. Wenn Deutschland von den Tributen befreit werde, so wird erklärt, dann werde es nach Ablauf der augenblicklichen Krise auf dem internationalen Markt unumstritten die Uebermacht gewinnen. Außerdem werde es um so schneller an dem zweiten Punkt seines Programms, nämlich an die Gebiets- und politischen Forderungen, herangehen, je eher es von der Last der Tribute befreit werde.

Auch in der übrigen Pariser Presse steht heute im Vordergrund die Frage einer endgültigen Streichung der Reparationen durch die französische Regierung. Dieser Gedanke, der schon gestern von der „Dépêche de Toulouse" lanciert wurde, ist heute von nahezu allen Blättern aufgegriffen und in den Vordergrund ihrer Betrachtungen gerückt worden. Der Vorschlag wird natürlich vom „Temps" und „Journal des Débats" abgelehnt. Während „Temps" sich damit begnügt, zu erklären, daß die Anregung der „Dépêche de Toulouse" in Widerspruch zur radikalen „Ere Nouvelle" stehe, fährt das Organ des Schwerindustriellen de Wendel grobes Geschütz auf.

Von Deutschland nichts fordern, weil es nichts zahlen wolle, wäre weder geschickt noch edelmütig, sondern ein Zeichen der Schwäche und einer Verkennung dessen, was gerecht sei.

Wenn die „Dépêche de Toulouse" erkläre, daß eine derartige Haltung auf die Bevölkerung Deutschlands Eindruck machen würde, so stehe das Blatt mit dieser Annahme allein da. Man kenne doch die „Ergebnisse" der vorzeitigen Rheinlandräumung, die ein viel bedeutsameres Zugeständnis darstellte. Diese unvernünftige Maßnahme, die ein nicht wiedergutzumachender Fehler der Liquidatoren des Krieges sei, habe nichts geregelt, sondern Frankreich in eine schwierige Lage gebracht.

Militärkontrolle für Deutschland?

Wie Frankreich die „Aufgaben" der Abrüstungskonferenz sieht

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Jan. Daß Frankreich alle nur irgendwie möglichen Schwierigkeiten macht, um sowohl die Reparationskonferenz als auch besonders die Abrüstungskonferenz hinauszuzögern, ist hinlänglich bekannt. Daß aber in diesem Bestreben französischerseits zu Mitteln gegriffen wird, die praktisch eine Militärkontrolle für Deutschland im Gefolge haben könnten, ist in der Oeffentlichkeit noch nicht hinreichend erkannt worden. Der französische „Abrüstungstheoretiker" Paul Boncour, der praktisch ein Theoretiker zur Verhinderung der französischen Abrüstung ist, hat nämlich im „Journal" mit einer Artikelserie über „Frankreich und die Abrüstung" begonnen und sich im ersten Artikel mit merkwürdiger Beflissenheit mit der ständigen

Militärkommission des Völkerbundes

beschäftigt. In diesem Artikel stellt nun Paul Boncour mit Bedauern fest, daß diese Militärkommission seit acht Jahren nicht ein einziges Mal einberufen worden sei und propagiert eine Aktivität für diese Kommission, deren Aufgabe es bekanntlich ist, über die Rüstungen gewisse Nachforschungen einzuleiten. In politischen Kreisen wird nun die Auffassung vertreten, daß in diesem merkwürdigen Interesse Paul Boncours für die Militärkommission des Völkerbundes nichts anderes zu sehen sei, als eine versteckte Aufforderung, es möge eine Nachprüfung der deutschen Rüstungen vorgenommen werden, eine Tendenz, die keinesfalls vereinzelt besteht. So wird u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß in einer führenden französischen Militärzeitschrift kürzlich zu lesen gewesen sei,

daß die Aufgabe der Abrüstungskonferenz zunächst einmal darin bestehen müßte, den tatsächlichen Stand der deutschen Rüstungen festzustellen

und daß die Konferenz scheitern müsse, wenn Deutschland eine solche Untersuchung ablehne. Ferner finden sich Artikel in der französischen Presse, in denen mit Hartnäckigkeit Nachrichten wiederholt werden, daß der

Stand der deutschen Rüstungen „beunruhigend"

sei und daß deshalb eine Enquete verlangt werden müsse. Daraus folgert u. a. das „Journal des Débats", daß zunächst einmal eine Vertagung der Abrüstungskonferenz nötig sei, um die Untersuchung der deutschen Rüstungsverhältnisse gründlich durchzuführen und besonders den deutschen Haushalt gründlich zu studieren.

Aus all diesen Pressemitteilungen, die zunächst nur als Versuchsballon bezeichnet werden können, die aber einen sehr ernsten Kern haben, geht das französische Bestreben hervor, eine neue Militärkontrolle über Deutschland zu verhängen und auf diese Weise die Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Die Tribute sind schuld an der Weltkrise

Neue Erklärungen Prof. Cassels

Stockholm, 5. Jan. Im „Svenska Dagbladet" nimmt Professor Gustav Cassel am Dienstag Stellung zu der Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft". Frankreich habe die Baseler Verhandlungen unter dem Leitsatz begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Youngplan festgestellt sei und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Leitsatzes sei

bezeichnend für die französische Denkweise.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei.

Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch haltlose Ansicht.

Die ganze Tributpolitik müsse ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen werde, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld seien. Daher sei auch bei der Baseler Konferenz ein zweifellos von französischer Seite beeinflußtes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundsatz festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun.

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe aber nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt. Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen 10 Milliarden Auslandsschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich so viel Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise fielen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden. Aus diesen Gründen habe das internationale Goldstandardsystem zusammenbrechen müssen.

Schwierigkeiten in den Stillhalteverhandlungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 5. Jan. Ueber den Fortgang der Stillhalteverhandlungen, die nach der Weihnachtspause planmäßig wieder aufgenommen worden sind, sickern nur selten zuverlässige Informationen durch, da alle beteiligten Kreise begreiflicherweise die Angelegenheit mit dem Schleier strengsten Stillschweigens zudecken. Indessen hat man den Eindruck, daß sich neuerdings wieder erhebliche Schwierigkeiten eingestellt haben. Wie die „DAZ." erfährt, hat man die Diskussion eines mehrjährigen Stillhalte- und Amortisationsplanes aufgegeben, und der Gegenstand der Verhandlungen ist nunmehr ausschließlich eine Verlängerung der bisherigen Stillhaltung um ein Jahr, also bis März 1933.

Die Beuthener Grubenkatastrophe

Beuthen, 5. Januar. Erst in den Morgenstunden des Dienstags verbreitete sich in Beuthen die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Karsten-Zentrum-Grube und rief allgemeine Bestürzung hervor. Zahlreiche Einwohner hatten zwar am Montagabend die heftigen Erdstöße verspürt, durch die der Streckeneinsturz auf der Grube hervorgerufen worden ist, doch war von dem Unglück selbst zunächst nichts bekannt geworden. Erderschütterungen ähnlicher Art haben sich im oberschlesischen Industriegebiete in der letzten Zeit mehrfach ereignet; über ihre Ursachen besteht noch keine völlige Klarheit. Die Karsten-Zentrum-Grube liegt ziemlich weit außerhalb der Stadt in dem früher selbständigen Vorort Karl. Die eingestürzte Strecke befindet sich abseits des Grubenzentrums; auf ihr arbeiteten glücklicherweise nur verhältnismäßig wenig Leute. Der Hauptteil der Grubenbelegschaft wurde nicht gefährdet.

Die Stelle, an der die 14 Bergleute verschüttet worden sind, ist genau bekannt. Trotzdem blieben alle Versuche, dorthin vorzudringen, bisher ergebnislos. Ungeheure Gesteinsmassen versperren den Rettungskolonnen den Weg.

Dazu kommt, daß die Bergungsmannschaften selbst in ständiger Gefahr sind, ebenfalls von nachstürzenden Gesteinsmassen verschüttet zu werden. Vor dem Grubentore haben sich zahlreiche Personen eingefunden, vor allem die Angehörigen der Vermißten, die immer noch auf eine Rettung der 14 Mann hoffen. Leider muß aber nach menschlichem Ermessen damit gerechnet werden, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllen.

Zu dem Grubenunglück erfahren wir noch folgendes: Der schwere Gebirgsschlag war so gewaltig, daß Sohle und Firste an der Unglücksstelle zerdrückt wurden. Die neue feste Zimmerung ist zu Schrott zermalmt. Fieberhaft gehen die Aufräumungsarbeiten vor sich. Noch ist es nicht gelungen, an die Verschütteten heranzukommen. Die Rettungsarbeiten gestalten sich sehr gefährlich, da man immer noch mit neuen Gebirgsschlägen und nachstürzenden Gesteinsmassen rechnen muß. Der schwere Schlag wurde im Norden, Osten und Südosten der Stadt Beuthen verspürt. In manchen Häusern geriet das Mobiliar ins Wanken und die Bilder fielen von den Wänden.

Neue Hochwasserkatastrophe bei Kehl

Kehl, 5. Januar. Der gestern früh erfolgte Dammbruch bei Kehl an der Kinzig hat eine Hochwasserkatastrophe hervorgerufen, die in dem ganzen Gebiet östlich von Kehl bis nach Auenheim den größten Schaden angerichtet hat. Im Laufe des Abends ergossen sich erneut durch die Bruchstelle des Kinzigdammes ungeheure Wassermassen, die das neue Kinzigbett rasch überfluteten. Gegen 10 Uhr drang die Flut in das Dorf Auenheim ein, das bald einen halben Meter unter Wasser stand. Auch das obere Dorf war in Gefahr, von rückwärts her überflutet zu werden. An den drei Gefahrenstellen wurde von freiwilligen Helfern fieberhaft gearbeitet, um den Fluten einen neuen Abzugsweg zu schaffen, denn innerhalb einer Stunde war das Wasser um 40 Zentimeter gestiegen. Bald war das ganze neue Dorf völlig abgeschnitten und ragte wie eine Insel aus den Fluten. An dem durchbrochenen Bahndamm wird unermüdlich gearbeitet; es war aber bis Mitternacht nicht möglich, den Gleisen eine feste Unterlage zu geben; jedoch gelang es, die Einbruchstelle teilweise abzudichten.

Nach den heute vorliegenden Meldungen über den Wasserstand des Rheines und seiner Nebenflüsse kann angenommen werden, daß Hochwassergefahr nicht besteht. Von den obersten Oberrheinstationen wird bereits wieder ein Fallen des Wassers gemeldet.

Neue italienische Einfuhrsonderzölle

Rom, 5. Jan. Im Gesetzblatt wird eine Verfügung veröffentlicht, der zufolge ab 1. Januar 1932 alle in italienischen Häfen oder an italienischen Küsten ausgeladenen Waren, die aus dem Ausland stammen, mit einem Sonderzoll belegt werden. Dieser Zoll beträgt eine Lira je Tonne für Phosphate, Nitrate (ausgenommen Sodanitrate) und Maurermaterial. Für alle anderen Waren beträgt der Zoll zwei Lire. Ausgenommen ist Durchfuhrgut. Da die deutsche Phosphatausfuhr vielfach auf dem Wasserwege geschieht, ebenso wie die Ausfuhr deutscher Maschinen nach Sizilien, wird auch Deutschland erheblich von diesen Sonderzöllen betroffen.

Konferenzvorbereitungen in Lausanne

Genf, 5. Jan. Die Vorbereitungen für die Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne werden mit größter Beschleunigung betrieben. Die Konferenz soll in dem historischen Schloß Ouchy tagen, in dem im Jahre 1922/23 die Konferenz zwischen der Türkei und den alliierten Mächten stattfand. Die meisten Konferenzteilnehmer haben bereits in den großen Lausanner Hotels Plätze belegt. Man nimmt an, daß die Konferenz am 20. Januar beginnen wird.